

hung der Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden und andere herangereifte politische Notwendigkeiten.

Wir meinen, es liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft, die Arbeit der Volkskammer als höchstes demokratisches Gremium unseres Staates bis zum Ende ihrer Legislaturperiode im Jahre 1991 so zu qualifizieren, daß die Tätigkeit der Abgeordneten und der Ausschüsse der Volkskammer für die Öffentlichkeit noch sichtbar wird.

Das Politbüro hat der Regierung der DDR den Vorschlag unterbreitet, einen Gesetzesentwurf über Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland vorzubereiten. Wir gehen davon aus, daß dieser Entwurf nach öffentlicher Aussprache in der Volkskammer behandelt und beschlossen werden sollte. Im Zusammenhang damit könnten ebenfalls die zeitweilig getroffenen einschränkenden Maßnahmen zum Reiseverkehr in sozialistische Bruderländer aufgehoben beziehungsweise modifiziert werden.

Die Wahrheit gebietet aber deutlich zu sagen, daß die Weigerung der BRD, die Staatsbürgerschaft der DDR uneingeschränkt zu respektieren, ein sehr ernstes Hindernis bleibt für die Verwirklichung der von uns in Aussicht genommenen Schritte für den Reiseverkehr in die BRD, nach Berlin (West) und in andere kapitalistische Staaten. Das Festhalten an der »Obhutspflicht für alle Deutschen« ist - da kann man sich drehen und wenden, wie man will - Teil der revanchistischen Grundkonzeption der BRD, die im Widerspruch zum Völkerrecht und zum Grundlagenvertrag steht.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Für die Vorbereitung des XII. Parteitages hat der von den Massenmedien widerzuspiegelnde Dialog eine große Bedeutung. Wir versprechen uns davon viele sachkundige Vorschläge zur Lösung der Entwicklungsfragen unserer Gesellschaft, aber auch - das sei hier gesagt - stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen, die dem Wesen des Sozialismus und unserer Politik widersprechen. Dazu ermutigen wir die Redaktionen.

Unsere Republik hat talentierte, fähige Journalisten mit Freude an